

„Haue“ für die Grünen

Der Stadtrat beschließt Millionen-Investitionen. Weil die Öko-Partei beim **ETAT** nicht mitmachen will, erntet sie Kritik. **VON SABINE STOLL**

Es waren keine gewöhnlichen Etat-Beratungen. Es waren die letzten mit OB Ulrich Maly (SPD) und dem amtierenden Stadtrat. Die Reden wurden deshalb im Wahlkampf-Modus mit Blick auf die Kommunalwahl 2020 gehalten. Während SPD und CSU, vereint in einer Zweck-Ehe, noch einmal am selben Strang zogen, Investitionen in Höhe von 1,4 Milliarden Euro beschlossen und dafür knapp 40 Millionen Euro neue Schulden in Kauf nahmen, wollte die drittgrößte Fraktion, die Grünen, nicht mehr mitziehen. Die nach Wahlerfolgen Morgenluft witternde Öko-Partei lehnte den Etat für 2020 ab und kassierte dafür „Haue“.

Das strittigste Thema: Das war wieder einmal der Verkehr. SPD und CSU hatten sich im Vorfeld darauf verständigt, den Rad-Etat bis 2023 von bislang 3,5 Millionen Euro im Mittelfristigen Investitionsplan (MIP) nach und nach bis 2023 auf rund zehn Millionen Euro aufzustocken. Dass die Grünen hier nicht mitmachen wollten, weil sie schon ab 2020 zehn Millionen Euro für Radwege wollen, brachte ihnen Kritik ein. Die Grünen glaubten offenbar, sie könnten durch ihre höheren Forderungen Profil gewinnen. „Ein durchsichtiges Manöver“, fand SPD-Fraktionschefin Anja Prößl-Kammerer.

Ins selbe Horn stieß CSU-Fraktionschef und OB-Kandidat Marcus König. „Wenn Sie sich einen Referenten-Posten gönnen“, sagte er mit Blick auf den grünen Umweltsprecher, „und zeigen, dass Sie mitregieren wollen, dann müssen Sie auch politische Verantwortung tragen. Sich wählen zu lassen und dann nicht mitzumachen, ist schwierig.“ König warf den Grünen vor, dass zehn Millionen Euro für Radwege ab 2020 unrealistisch seien, weil erst einmal Personal und Pläne für den Ausbau da sein müssten.

Sowohl SPD als auch CSU appellierten an die Öko-Partei, den Haushalt mitzutragen. Doch die Grünen wollten nicht. „Wir können nicht“, so Grü-



Foto: Roland Fengler

Wieder ein Haushalt im Eiltempo: An einem einzigen Tag hat der Nürnberger Stadtrat den Etat für 2020 festgezurret.

nen-Fraktionschef Achim Mletzko, der mit Kritik gerechnet hatte. „Dass wir Haue kriegen, war uns klar.“

Mletzko übte dann jedoch selbst „Stilkritik“ in Sachen Rad-Etat: Die Grünen hätten noch Gesprächsbedarf gehabt. „Sie können nicht erwarten, dass Sie uns einen Antragstext zuleiten mit der Bitte zu unterschreiben. An dem Punkt haben Sie sich vergaloppiert“, sagte er Richtung Bündnis. Dieser Darstellung widersprach allerdings SPD-OB-Kandidat Thorsten Brehm. Es habe einen Grundkonsens bei dem Thema gegeben. Er vermutete, dass die grüne Parteibasis am Ende ihr Veto eingelegt hat.

Auch Jan Gehrke (ÖDP) hält die sukzessive Aufstockung des Rad-Etats auf zehn Millionen Euro für riskant. Der Grund: Nach der Wahl werden die Karten neu gemischt. Dann ist fraglich, wie viel wirklich einmal für Radwege ausgegeben wird.

Der Knackpunkt: Der Kern für das Nein der Grünen zum Haushalt ist der geplante Ausbau des Frankenschnellwegs. Er wunderte sich, warum das SPD-CSU-Bündnis an diesem Projekt festhalte und sich von „Durchhalteparole zu Durchhalteparole hangelt“, so Mletzko. Der Ausbau sei mit „unendlichen Risiken“ verbunden. Die Grünen legten als Alternative ein Antragspaket vor, für das sie die rund 100 Millionen Euro Eigenanteil der Stadt für den FSW (nach heutigem Stand) lieber verwenden wollten: für Elektrotaxis, eine Abwrackprämie für Zweitakter, die Aussetzung der Tarifierhöhung beim ÖPNV oder die Förderung von klimaneutralen Gebäuden, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Grünen hatten die Rechnung allerdings ohne den Kämmerer gemacht: Harald Riedel (SPD) ließ die Kosten für alle Anträge der Grünen berechnen und kam zum Schluss, dass alles in allem Mehrausgaben der Stadt im hohen zweistelligen Millionenbereich fällig werden. Riedel: „Wenn wir das so beschließen würden, wäre der Haushalt definitiv nicht genehmigungsfähig.“ Außerdem müsse der Frankenschnellweg so oder so saniert werden, auch das koste viel Geld, so Riedel. Der Kämmerer hatte die Grünen mit seinen Berechnungen kalt erwischt. Mletzko sprach hinterher von einem „bösen Foul“ durch den Finanzreferenten.

Mit ihrer Kritik am Ausbau des Frankenschnellwegs standen die Grünen aber nicht allein da: ÖDP, Linke, Linke Liste und Guten-Stadtrat Stephan Grosse-Grollmann lehnen den Ausbau seit langem als völlig überholtes Verkehrsprojekt ab.

Grün in der Stadt: SPD und CSU beantragten gemeinsam, das Dach- und Fassadengrün-Programm auszuweiten und dafür 50000 Euro zur Verfügung zu stellen. Die Förderung soll im ganzen Stadtgebiet möglich sein. Das wurde am Ende einstimmig beschlossen.

Wohnen: Es mangle immer mehr an bezahlbaren Wohnungen, sagte SPD-Fraktionschefin Prößl-Kammerer. Sie plädierte deshalb dafür, beim Neubau von Supermärkten immer auch Wohnungen mitzudenken. Dazugehörige Parkplätze könnten überbaut werden. Auch Aufstockungen auf bestehende Gebäude und der Ausbau von Dachgeschossen könnten neue Wohnungen schaffen. Das hatte auch die CSU vorgeschlagen. Ein gemeinsamer Antrag für ein Beratungsangebot, für das 50000 Euro bereitgestellt werden, ging einstimmig durch.

Titus Schüller, OB-Kandidat der Linken, forderte dagegen einen „Neustart beim sozialen Wohnungsbau“. Und plädierte für einen „Mietenstopp“ in Nürnberg.

Einstimmig wurde auch ein Antrag der SPD verabschiedet, 50000 Euro für ein Sonderprogramm für Nachbarschaftsideen bereitzustellen.

Die wichtigsten Zahlen: Die Stadträte beschlossen für die nächsten vier Jahre Investitionen in Höhe von rund 1,4 Milliarden Euro, 860000 stammen aus städtischen Mitteln. Sie nehmen dafür 39,8 Millionen Euro neue Schulden in Kauf (wie ausführlich berichtet). Die Verschuldung der Kommune klettert damit auf rund 1,47 Milliarden Euro (ohne Eigenbetriebe). Das wurde von Freie Wähler-Stadtrat Jürgen Dörfler stark kritisiert. (Auch Alexander Liebel (FDP) sorgen die Schulden. Ihm imponiere Fürth, das seine Schulden zurückgefahren habe, sagte er.)

Unterm Strich steht beim rund zwei Milliarden Euro schweren Verwaltungshaushalt der Stadt nur ein winziges Plus: Es bleiben gerade einmal rund 90000 Euro übrig.

Die Abstimmung: Am Ende stimmte eine große Mehrheit für den Haushalt für das Jahr 2020. Grüne, Linke, Linke Liste, ÖDP-Stadtrat Jan Gehrke, Die Guten und die BIA votierten dagegen.



Foto: Afp/Giuseppe Cacace

50000 Euro mehr gibt es für Fassaden-, Dach- oder Hofbegrünung.